

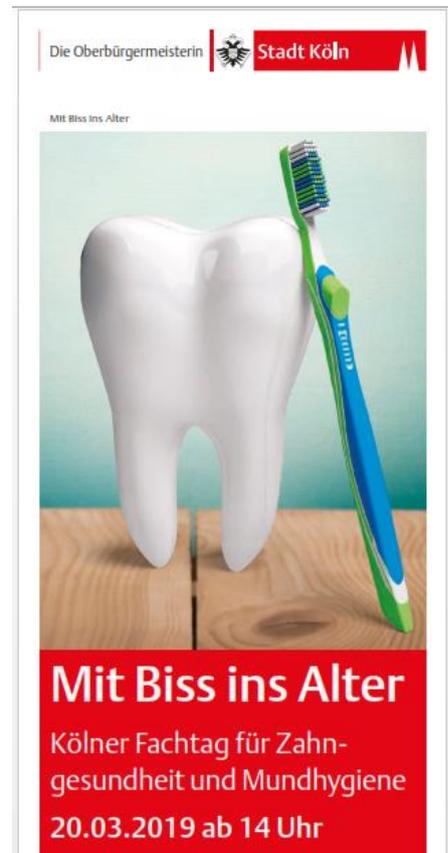
Antrag der Seniorenvertretung Mülheim, vertreten durch ihren Sprecher Dr. Herbert Mück, an die Bezirksarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik Mülheim (12.06.2019)

Beschlussvorlage:

Die Bezirksarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik bittet die Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik, den Gesundheitsausschuss zu bitten, die Verwaltung (Gesundheitsamt) zu beauftragen, im Rahmen eines Modellversuches eine erste "mobile Zahnbehandlungseinheit" anzuschaffen und an Pflegeheime zu verleihen. Kostenpunkt laut Referentin ca. 10.700 Euro: im Internet finden sich Geräte unter 2.000 Euro.

Begründung:

Am 20. März 2019 fand in Köln der erste „Kölner Fachtag für Zahngesundheit und Mundhygiene“ im Alter statt. Dort wurde auch intensiv über die Problematik diskutiert und eingeräumt, dass die zahnmedizinische Versorgung in vielen Kölner Pflegeheimen unzureichend ist. So haben bislang zwei Drittel der Pflegeheime noch keine Kooperationsverträge mit niedergelassenen Zahnärzten abgeschlossen (die Daten beziehen auf Nordrhein). Und selbst im verbleibenden Drittel können Zahnärzte bei ihren Besuchen nur den Mundstatus erheben und vor Ort keine Behandlungen durchführen. Soweit bekannt gibt es lediglich in den großen Einrichtungen Riehl (SBK), Michaelshoven und Marie-Juchacz-Zentrum (Chorweiler) einen zahnärztlich ausgestatteten Raum, in dem Zahnbehandlungen vorgenommen werden können. Alle anderen Heime müssen ihre Bewohner in eine Zahnarztpraxis transportieren, was mitunter nur schwer möglich ist. Eine beim Gesundheitsamt ausleihbare mobile Behandlungseinheit würde zumindest kleine Eingriffe und zahnprothetische Korrekturen ermöglichen. Ob ein solches Angebot in ausreichendem Umfang angenommen wird und zu echten Verbesserungen der zahnmedizinischen Versorgung in Pflegeheimen führt, sollte zumindest im Rahmen eines Modellversuches erprobt werden. Dafür müsste vorab ein Konzept entwickelt werden, das auch die Krankenkassen als Kostenträger des Modellversuches ins Boot holt und die Abläufe und Verantwortlichkeiten beim Verleihen, Transportieren, Reinigen und Warten des Gerätes festlegt. Die Kosten des Gerätes erscheinen vertretbar und könnten vielleicht sogar von den Krankenkassen komplett getragen werden.



Vermerk der Verwaltung:

Die Bezirksarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik des Stadtbezirks Mülheim hat dem Antrag zugestimmt.